

Innerlich zerrissen

Eine sozialwissenschaftliche Studie zu „Wahrnehmungen und Erfahrungen im Schulalltag von Eltern und Lehrern“ gibt wichtige Hinweise zum Schulwahlverhalten von Eltern

Untersuchungsauftrag und Durchführung der Studie

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist eine qualitative empirische Studie u.a. der Frage nachgegangen, wie Eltern der verschiedenen sozialen Milieus in Deutschland Schule wahrnehmen und den Bildungserfolg ihrer Kinder beeinflussen.

Auf der Basis einer umfangreichen Untersuchung mit dem Schwerpunkt auf Westdeutschland hat eine Forschergruppe Ergebnisse vorgelegt, die 2013

veröffentlicht wurden. Sie beruhen auf mehrstündigen Interviews mit Vätern und Müttern, aber auch mit Lehrerinnen und Lehrern. Die milieuspezifische Unterscheidung der befragten Eltern orientiert sich an der bevölkerungsrepräsentativen Studie des Delta-Instituts zur Identifizierung der Milieustruktur in Deutschland.

Die Ergebnisse wurden nicht aus standardisierten Abfragen ermittelt, sondern aus offenen Gesprächssituationen. Die Befragten hatten die Möglichkeit, sich frei zu äußern und sich differenziert auf die Fragestellung einzulassen. Mit der qualitativen Methode konnten tiefe Einblicke in das komplexe Verhältnis von Eltern und Schule gewonnen werden, wie sie in einer statistischen Erhebung so nicht möglich sind.

Milieuspezifische Reaktionen auf das Gymnasium

Die Studie stellt heraus, dass für Eltern aus den Milieus der „sozialen Mitte“ das Gymnasium alternativlos ist, auch wenn sie G8 heftig kritisieren. Die Hauptschule oder eine Schulform, die aus der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule hervorgeht, werden grundsätzlich abgelehnt. Als Gründe werden das schlechte soziale Umfeld und die damit verbundenen schlechteren Bildungs- und Berufschancen der Kinder angegeben.

Bei Eltern der unteren so-

zialen Milieus spielt das Gymnasium keine Rolle. Schule soll aus ihrer Sicht Grundkenntnisse vermitteln und auf eine praktische Berufsausbildung vorbereiten. Als Eltern von Hauptschüler_innen sind sie besorgt über den Wandel der Hauptschule zu einer „Verliererschule“. Eltern aus dem Milieu der Benachteiligten ist zudem die Abgrenzung von Randgruppen und Schülern nichtdeutscher Herkunft wichtig.

Eltern der Oberschicht und der oberen Mittelschicht bevorzugen für eine umfassende Bildung ihres Kindes die Privatschule. Sie reduzieren den Bildungserfolg ihrer Kinder nicht auf das bloße Erreichen guter Noten. Insbesondere bei den „Performern“, die sich selbst zum dynamischen Milieu der Leistungseliten rechnen, gehört zur Potentialentfaltung des Kindes die Aktivierung von Motivation, Leistungswillen, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung.

Kritik der „sozialen Mitte“ am Gymnasium

Die Studie spricht von einer erheblichen „Kollision“ des Bildungs- und Erziehungsanspruchs von Eltern aus den sozialen Milieus der Mitte mit dem Gymnasium. Sie resultiert aus einem „Paradigmenwechsel in der Erziehung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu einer Erziehung, die sich an der Persönlichkeit des Kindes orientiert“. Dieser Wertewandel „verstärkt bei den Eltern den Wunsch nach kleinen Klassen und individueller Förderung sowie einem Bildungssystem, das Jugendliche nicht nur auf Noten reduziert und sie frustriert, sondern ihnen Freude am Wissen vermittelt“. Genau dies kommt aus Elternsicht aber zu kurz, wenn das Gymnasium auf individuelle Schwierigkeiten mit dem Lernstoff und dem Lerntempo nicht eingeht, keine Zeit für Reflexion einräumt, Vertiefung des schulisch vermittelten Wissens durch Einübung und



We still have a dream...

Anwendung in den häuslichen Bereich oder in die Nachhilfe verlagert und Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Gestaltung freier Zeit blockiert.

„Zerrissen“ zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Trotz dieser massiven Kritik halten Eltern der bürgerlichen Mitte am Gymnasium fest. Dabei sehen sie sich in einer ambivalenten Rolle. Die Studie bescheinigt ihnen „innere Zerrissenheit“. „Während sie einerseits die ganze Persönlichkeit ihres Kindes und seine individuellen Potenziale fördern möchten, konzentrieren sie andererseits ihre Bemühungen mit zunehmendem Alter des Jugendlichen auf gute Noten für einen guten Schulabschluss.“ Frauen übernehmen über das Management der Hausaufgaben verstärkt die Zuständigkeit für den Schulerfolg ihrer Kinder und kehren so in traditionelle Rollenmuster zurück.

Eltern aus der bürgerlichen Mitte, die dem postmateriellen Milieu zugeordnet werden, treten laut Studie zwar als scharfe Kritiker des selektierenden Schulsystems auf und beklagen die Ungerechtigkeit gegenüber Kindern der Unterschicht. Aber auch in ihren Reihen ist das Gymnasium bei der Schulwahl trotz der Selektions- und Leistungszwänge alternativlos.

Soziokulturelle Selektion als zentrales Schulwahlmotiv

Aufschlussreich sind die Motive, denen laut Studie eine zunehmende Bedeutung bei der elterlichen Schulwahl zukommt und die sich mit der soziokulturellen Selektion am Gymnasium verbinden. Dazu stellt die Studie fest: „Die zentralen Motive von Eltern aus gehobenen Milieus und auch aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft bei der Schulwahl sind Distinktion und soziale Homogenität.“ Kinder aus der sozialen Unterschicht

sollte es aus dieser Perspektive nach Möglichkeit an der Schule des eigenen Kindes nicht geben. Soziale Segregation ist ein erwünschter Effekt der frühen Verteilung auf institutionell getrennte Bildungsgänge. Bei Eltern der Oberschicht und der oberen Mittelschicht ist die Entscheidung für eine Privatschule der sichere Weg, das Bedürfnis nach sozialer Abgrenzung zu befriedigen.

Damit bestätigt die Studie, was uns die Sozialforschung als Gesellschaftsbefund schon seit langem attestiert: Die sozialen Milieus der Ober- und Mittelschicht gehen im Zuge der gesellschaftlichen „Modernisierung“ auf Abstand zu den Milieus der unteren sozialen Schichten. Diese wiederum grenzen sich von Randgruppen nach unten ab. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch gesellschaftliche Segregations- und Desintegrationsprozesse zunehmend in Frage gestellt und sein Verlust beschleunigt.

G9 – „Treibstoff“ für Inklusion?

Damit Gymnasien sich derzeit an der Inklusion von Kindern mit Behinderungen beteiligen, die nicht nach dem Lehrplan des Gymnasiums unterrichtet werden können, bedarf es häufig eines erheblichen Drucks von außen. Da die Leistungsverdichtung am Gymnasium durch die Schulzeitverkürzung auch als ein schlagendes Argument dafür benutzt wird, das Gymnasium von allen Inklusionsansprüchen auszunehmen, stellt sich die Frage, ob mit der Umsetzung der Elternforderung, zu dem alten G9 zurückzukehren, eine inklusive Entwicklung am Gymnasium erleichtert wird.

Mag die von Eltern der „sozialen Mitte“ favorisierte Lernkultur, die das individuelle Kind in das Zentrum stellt, auch inklusionsförderlich sein, die ablehnende Einstellung gegenüber Kindern aus den unteren sozia-

len Milieus ist es nicht. Sie steht dem Verständnis von Inklusion von Elternseite entgegen. Die Vorstellung, dass sich mit der Rückkehr zu G9 das Gymnasium zwangsläufig und automatisch auch für sozial benachteiligte Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen öffnet, die das Abitur nicht erreichen oder anstreben, ist daher unrealistisch. Eine solche Öffnung ist mit der Forderung nach G9 von Elternseite weder politisch mitgedacht noch intendiert. Auch in den Erklärungen der gescheiterten Initiative für das Volkbegehren „G9 HH jetzt“ gab es keinen Hinweis darauf.

Die Rolle der Bildungspolitik

Die Bildungspolitik reagiert derzeit durchaus uneinheitlich auf das Drängen der Elterninitiativen nach G9. Nicht alle Kultusminister wollen die „Rolle rückwärts“ mitmachen. Die Bildungspolitik erweist sich jedoch als verständnisvoll, wenn es darum geht, dem Gymnasium die Inklusion von Kindern mit „Lernbehinderung“ aus den unteren sozialen Schichten zu „ersparen“. In den Bundesländern mit zweigliedrigen Systemen hat sich längst eingespielt, dass die integrierte Schulart neben dem Gymnasium automatisch die Inklusion aller zieldifferent lernenden Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen übernimmt.

Auch die saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer hat bei der Einführung der Inklusion im Saarland mit Verweis auf den Bildungsauftrag des Gymnasiums, Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu führen, die Sonderrolle des Gymnasiums begründet: „Daran bemisst sich die Frage des Zugangs. Und zwar für alle Kinder – egal, ob behindert oder nicht behindert.“ Mit dieser scheinheiligen Begründung wird der Inklusion am Gymnasium ein Riegel vorgeschoben. Die Poli-

tik stellt sich unwissend gegenüber der Tatsache, dass nicht die Leistung des Kindes, sondern die soziale Zugehörigkeit die zentrale Rolle bei dem Übergang ins Gymnasium spielt, und von Eltern der „sozialen Mitte“ bei der Schulwahl einkalkuliert wird.

Eine Bildungspolitik, die allein eigennützige Elternwünsche aus den sozialen Milieus der Mitte zu ihrem Maßstab macht, verkennt und verfehlt ganz eindeutig ihre Aufgabe. Das Recht auf inklusive Bildung ist ein Kinderrecht und gilt für alle Kinder, auch für Kinder am Gymnasium. Der „Treibstoff“ für soziale Inklusion ist die Erfahrung von Vielfalt und Differenz und nicht ihre Vermeidung. Damit hat die Bildungspolitik auch das Gymnasium zu versorgen und dabei die Weichen und Bedingungen für eine gelingende inklusive Schulentwicklung zu stellen.

In diesem Kontext drängt sich

allerdings ernsthaft die Frage auf, ob nicht aus guten inklusionspädagogischen Gründen die Abschottung des Gymnasiums von allen anderen Schulformen zwingend aufgegeben und die Sekundarstufe I am Gymnasium wieder auf 6 Jahre verlängert werden muss. Für die Oberstufe könnte dagegen mit der Flexibilisierung durch „das Abitur im eigenen Takt“ auch eine selbstbestimmte, sinnvolle Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur vorgesehen werden (<http://bildungsklick.de/pm/92295/abitur-im-eigenen-takt/>). Auch die Forderung der GEW Hamburg zur Neugestaltung der Oberstufe stellt einen wichtigen transformativischen Schritt auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem dar. Danach sollen gemeinsame Oberstufen von Gymnasien und Stadtteilschulen mit einem flexiblen Abitur nach zwei bis vier Jahren eingerichtet

werden.

In NRW und in Baden-Württemberg soll nach dem Willen der rot-grünen und grün-roten Landesregierung keine Schulart von dem Inklusionsauftrag ausgenommen werden. GEW und GGG sind skeptisch angesichts der realen Entwicklung, die keine zentrale Steuerung des Inklusionsprozesses vorsieht. Die Schulleiterversammlung der Gesamtschulen und die GGG in NRW haben daher anlässlich ihrer gemeinsamen Landesfachtagung im Februar 2014 als Forderung mit Nachdruck formuliert: „Inklusion ist die Aufgabe aller Schulformen. Es kann nicht sein, dass diese Aufgabe vorrangig integrierten Schulen zugewiesen wird. An der Umsetzung der Inklusion sind die Schulen entsprechend ihrem Regelschüleraufkommen zu beteiligen.“

BRIGITTE SCHUMANN
ifenici@aol.com



Winterhuder
Reformschule

Wir trauern um

Martin Heusler

der unendlich viel für unsere Schule getan hat.

Die Erinnerung an ihn als Schulleiter, Mentor und Freund wird für unseren weiteren Weg richtungweisend sein.

Wir danken ihm für alles, was er uns war und bleibt.

**Schulleitung, Kollegium,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Elternrat
der Stadtteilschule Winterhude - Winterhuder Reformschule**